



«Für den Bau der neuen Uni-Institute sollte nicht primär der Standort ausschlaggebend sein, sondern es muss inhaltlich Sinn machen, damit die hohe Qualität der Universität erhalten bleibt.»

Franziska Reinhard,
Grossrätin

«Die Akzeptanz der Universität würde sich in Baselland markant erhöhen. Die Universität, Liestal und die gesamte Region würden von diesem Schritt profitieren.»

Christoph Hänggi,
Landrat

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
163 · Ausgabe BL·BS · Juni 2016



Unistandort Liestal?

ZWEI HALBKANTONE TRAGEN GEMEINSAM EINE UNI. DIE GEBÄUDE UND EINRICHTUNGEN DER UNI BEFINDEN SICH FAST AUSSCHLIESSLICH AUF DEM BODEN DES EINEN HALBKANTONS. IST DAS RICHTIG?

Platzmangel in der Stadt vs. Distanz zum Hauptsitz

Eine Universität in der Stadt stösst an räumliche Grenzen. So geschah es in Zürich mit der ETH, die 1957 auf den Höggerberg zog. Die Platznot im Zentrum war auch der Grund, warum in Basel die Entscheidung fiel, die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften am Bahnhof zu beheimaten. Es gab Widerstand, weil man eine zu grosse Distanz zum Kollegiengebäude als «Mutterhaus» der Universität befürchtete. Es war damals klar, dass es sich dabei um eine Übergangslösung handelt, bis die universitäre Bauplanung geklärt sein würde. Das Platzproblem konnte nicht gelöst werden und die Zusammenarbeit der Kantone hat sich durch ungleich lange Spiesse zugespitzt: BL hat mehr Platz, BS derzeit mehr Geld.

Warum sollte der Partner mit mehr freier Fläche nicht zur Lösung des Problems beitragen? Die Trägerkantone haben seit Beginn der ge-



Sibylle Schürch,
Genossin und Unirätin

meinsamen Trägerschaft Standorte von universitären Einheiten ausserhalb der Stadt diskutiert. Solche Areale müssen in nützlicher Frist bebaubar sein und erfordern hohe Investitionskosten sowie Verkehrsinfrastruktur. Inzwischen ist geplant, das Institut für Sport in Münchenstein anzusiedeln. In Allschwil hat die Universität als Beitrag zum dort entstehenden Innovationscluster das Institut of Biomedical Engineering (BME) angesiedelt, das Tropeninstitut (Swiss THP) wird folgen.

Emotionale Partnerschaft

In der aktuellen Debatte scheint dennoch vor allem eine zweite Komponente vordergründig: Emotionen darüber, was eine gute Partnerschaft ausmacht. Es gibt Stimmen, die es unausgewogen finden, wenn ein Kanton zahlt, aber das Bezahlte nicht auf eigenem Grund und Boden vorfindet. In einem anderen Beispiel, beim Universitären Kinderspital (UKBB), lagen die Argumente ähnlich. Nach einer Zeit an zwei Standorten in Basel und auf dem Bruderholz haben die Partner entschieden, sich auf einen städtischen Standort

neben dem Unispital zu einigen. Dies gelang, weil sich die Diskussion auf die medizinische Versorgungssituation konzentrierte und die Partner ähnliche Stärkeklassen hatten. Es gab keine VerliererInnen oder GewinnerInnen, sondern eine Lösung mit Vor- und Nachteilen.

Nächste Schritte

Die Universität hat aufgrund eines Angebots des Stadtpräsidenten entschieden, einen Campus in Liestal zu prüfen. Im Vordergrund dafür stehen die Rechts- und die Wirtschaftswissenschaften. Dazu hat sie eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Es geht also darum, alle Fakten sorgfältig zu sammeln und durchzudenken, damit die sachlichen Grundlagen für eine Diskussion und einen Entscheid vorliegen. Dabei werden praktische Aspekte, wie die Auswirkungen auf Studierende und Mitarbeitende der Universität, genauso geprüft wie finanzielle Aspekte.

Meine Meinung ist noch nicht gemacht, weil ich die Fakten noch nicht kenne. Darum warte ich ab und höre erst mal zu, wenn es so weit ist.

Interne Bildung stärken!



Nelly Dambach ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Baselland

Fast noch druckfrisch ist das neue Konzept der SP BL zur Weiterbildung ihrer Mitglieder. Es wurde erarbeitet als Teil der Strategie «Zukunft statt Abbau». Denn Bildung und Weiterbildung sind kein Luxus, den eine Partei für ihre Mitglieder auch noch anbieten kann. Weiterbildung ist ein wichtiger Teil einer Strategie zur Entwicklung einer Partei: Wer etwas weiss, hat etwas zu sagen und will sich einbringen.

Es ist ein Konzept entstanden, das beim Gedanken ansetzt:

«Wo Menschen zusammenkommen und nachdenken, entsteht Kraft zum gemeinsamen Wirken.»

STRAFGERICHT BASELLAND

Im Strafgericht Baselland wird ein Sitz frei, der von der SP besetzt werden kann. Es handelt sich um ein Nebenamt im Umfang von 5–15 Stellenprozenten. Juristische Kenntnisse oder eine juristische Ausbildung sind nicht Voraussetzung, aber von Vorteil. Wer an einer Kandidatur Interesse hat, melde sich bis zum 31. Juli 2016 bei der Fraktionspräsidentin Miriam Locher: miriam-locher@bluewin.ch.

schlank, aber umsetzbar, vielfältig, aber zielgerichtet.

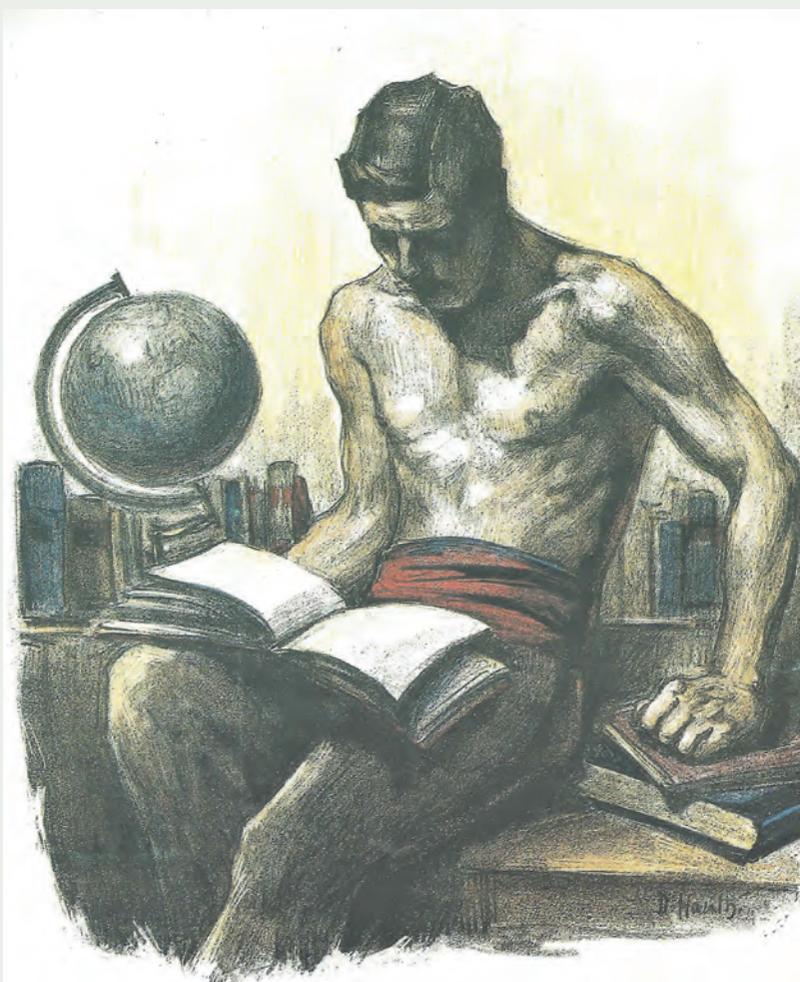
Wir wollen Bildungsangebote für Kopf und Hand. Das heisst: Inhalte vermitteln, aber auch Knowhow. MandatsträgerInnen, Verantwortliche in Sektionen und Gremien sollen sowohl fachlich als auch arbeitstechnisch unterstützt werden.

Zukünftig soll es verschiedenste Weiterbildungsangebote für klar definierte Zielgruppen geben, so z.B. für GemeinderätInnen, Kommissionsmitglieder oder Behördenmitglieder. Damit erhalten einerseits Gruppen von Menschen neue Denk- und Handlungsansätze, die denselben Auftrag umsetzen.

Andererseits wird diesen MandatsträgerInnen auch eine Plattform zur Vernetzung geboten. Denn Bildungsveranstaltungen sind immer auch Anlässe für eine bessere Vernetzung. Man lernt nicht nur Fakten und Ideen kennen, sondern auch Menschen.

Und wo Menschen zusammenkommen und gemeinsam über etwas nachdenken, entsteht auch neue Kraft zum gemeinsamen Wirken. SP-Mitglieder und Gäste entdecken so neue Handlungsmöglichkeiten und schärfen die Fähigkeit, die langfristigen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen ihres Tuns und Unterlassens abzuschätzen.

Neben tagesaktuellen Themen sollen immer wieder auch Veranstaltungen angeboten werden, die grössere gesellschaftli-



ARBEITER!
*Besucht die Veranstaltungen
des Bildungsausschusses*

Plakat für die Bildungsarbeit aus den Zwanzigerjahren (Dora Hauth, 1923).

che Fragen aufwerfen, um unsere Positionen zu überdenken, zu diskutieren und unser Wissen und unseren Handlungsspielraum zu erweitern.

Zudem arbeiten wir auch daran, wieder ein multifunktionales Bildungswochenende für alle Interessierten anbieten zu können. So wie es vor einigen Jahren das legendäre Bergüner Forum bot. Die Verbindung von Lernen, Wis-

sen, Nachdenken, Diskussionen, Lachen, gutem Essen und frohem Zusammensein möchten wir gerne wieder aufleben lassen.

Die Arbeitsgruppe «interne Weiterbildung» ist daran, erste Veranstaltungen auszuarbeiten. Mehr dazu folgt unter www.sp-bl.ch/partei/bildungsarbeit, wo auch das Konzeptpapier zur internen Bildung der SP BL heruntergeladen werden kann.

AGENDA SP BL

- Donnerstag, 30. Juni 2016, ab Mittag
Fraktionsausflug der SP Baselland
- Donnerstag, 18. August, 19.30,
Delegiertenversammlung in Allschwil

- Samstag, 27. August,
ausserordentliche Fraktionssitzung
- Mittwoch, 21. September, 19.15 (neues Datum),
Sektionskonferenz

REGIERUNGSRATSWAHLEN

Ein Blick hinter die Kulissen und ein Ausblick auf den Herbst

Der Vorlauf

Alles begann im Juni 2014 mit einem kurzen Gespräch im Vorzimmer des Grossen Rates. Die Präsidien von SP, Grünen und BastA! vereinbarten, die gemeinsamen Gespräche zu den kommenden Regierungsratswahlen aufzunehmen. Gesagt! Getan! Es war uns allen klar, dass wir nur mit einer geschlossenen Linken die Mehrheit in der Regierung halten können. An der ersten Sitzung im September 2014 waren die Präsidien der drei Parteien sowie unsere Mitglieder der Regierung Eva Herzog, Christoph Brutschin, Hans-Peter Wessels und Guy Morin anwesend. Im darauf folgenden Jahr konzentrierten wir uns auf die Definition von inhaltlichen Schwerpunkten. In den Sitzungen haben wir in guter, konstruktiver Atmosphäre mit viel Verve und Engagement über Einschätzungen und Bewertungen debattiert. Schlussendlich einigten wir uns für die Wahlplattform 2016 auf Legislaturziele in 14 Themenbereichen, welche demnächst auf unserer Webseite einsehbar sind.

Wer kandidiert?

Die strategischen Überlegungen wurden intensiviert, als Guy seinen Verzicht erklärte und Eva, Christoph und Hampe zu unserer Freude ihre erneute Kandidatur bekannt gaben. Zuvor hatte schon der liberale Christoph Eymann seinen Rücktritt bekannt gegeben. BastA! machte den Vorschlag, eine eigene Kandidatur zu stellen, um vermehrt Verantwortung in der Regierung zu übernehmen. Ziel und Strategie waren daher einleuchtend: Mit einem 5er-Ticket halten wir den Sitz von Guy und greifen den frei werdenden liberalen Sitz an. Nun kandidieren Elisabeth Ackermann für die Grü-



Brigitte Hollinger,
Parteipräsidentin und
Wahlkampfleiterin

«Nur mit einer geschlossenen Linken können wir die Mehrheit in der Regierung halten.»

nen und Heidi Mück von der BastA! als «Neue» auf dem rot-grünen Regierungsticket. Das erklärte Ziel, Frauen mehr Platz an der Macht einzuräumen, wird damit ebenfalls bekräftigt. Eine so deutliche rot-grüne Mehrheit in der Regierung wäre kein Novum in der Schweiz. Im Zürcher Stadtrat, sind sechs von neun Sitzen durch linke ExponentInnen besetzt. In Lausanne sind es sogar sechs von sieben.

Das Regierungspräsidium

Es blieb noch die Frage nach dem Regierungsratspräsidium. Da das Präsidialdepartement ein wichtiges Departement mit grosser Aussenwirkung ist, erhob Rot-Grün von Anfang an Anspruch darauf. Eva Herzog, Christoph Brutschin und Hanspeter Wessels zeigen in ihren Departementen grossen Gestaltungswillen und haben einen hervorragenden Leistungsausweis. Der Verbleib in ihren Departementen zeugt von Engagement und Loya-

lität, was dem Kanton Basel-Stadt nur zugute kommen kann. Mit Elisabeth Ackermann stellt sich eine integrative Persönlichkeit zur Präsidiumswahl, welche als Grossratspräsidentin bewiesen hat, dass sie Repräsentationsaufgaben mit Brauvour meistert.

Wir wollen mehr!

Rot-Grün ist für den Wahlherbst gut aufgestellt. Die SP ist gerüstet und bereit. In der Partei ist der Wille aller zu spüren, endlich mit den Aktivitäten loszulegen. Diese Motivation ist eine wichtige Voraussetzung! Es wird kein Spaziergang werden. Wir werden zusammenstehen und all unsere Kräfte mobilisieren müssen. Denn eines ist klar: Wir müssen den menschenverachtenden Tendenzen Paroli bieten und uns ihnen mit Herz und Kampfgeist entgegenstellen. Es lohnt sich, einzustehen für ein humanes Weltbild und für ein offenes, attraktives und lebensfrohes Basel.



Kandidierende für den Regierungsrat (v.l.n.r.): Hans-Peter Wessels (SP), Eva Herzog (SP), Elisabeth Ackermann (Grüne), Christoph Brutschin (SP) und Heidi Mück (BastA!)

AGENDA SP BS

- Sonntag, 19. Juni 2016, 10.30, **Menschenstrom gegen Atom**, Spaziergang (rollstuhlgängig), ab Bhf. Siggenthal, ca. 2 Std.
- Mittwoch, 29. Juni 2016, 19 Uhr, **Rote Bühne: 50 Jahre Frauenstimmrecht in Basel-Stadt**, Volkshaus Basel, 1. Stock, Rebgasse 12
- Mittwoch, 29. Juni 2016, 20 Uhr, **Delegiertenversammlung SP BS**, Volkshaus Basel, 1. Stock, Rebgasse 12

- 2. Juli–14. August 2016: **Sommeraktionen Vorwahlkampf**
- 18.–29. Juli 2016: **Sekretariat geschlossen**
- ab 15. August 2016: **Wahlkampfaktionen**
- Mittwoch, 31. August 2016, 20 Uhr, **Delegiertenversammlung SP BS**, Volkshaus Basel, 1. Stock, Rebgasse 12

AUS DEM LANDRAT

Bei der Polizei sparen?

In unserm Kanton BL soll überall gespart werden. Die Finanzstrategie 2016–2019 sieht eine Reduktion des Personalaufwandes um 10 Prozent vor. Das betrifft auch die Polizei. Mit einer grossen Demonstration im vergangenen Sommer wurde gegen den Personalabbau demonstriert. Uniformierte Polizeileute waren auch dabei.

Der Personalverband Polizei Basel-Landschaft (PVPBL) wurde weiter aktiv und startete in Absprache mit der Polizeileitung die Petition «So geht es mit Sicherheit nicht weiter». Sie wurde eingereicht, mit knapp 10 000 Unterschriften. Die Geschäftsleitung des Landrats überwiegt die Petition an die Petitionskommission. Anhörungen von beiden Seiten gehören zur ordentlichen Behandlung einer Petition. Die Vertreter des PVBL erklärten, welche

Auswirkungen eine Abnahme von 50 Polizeileuten für das Baselbiet hätte. In den Jahren zuvor war bei der Polizei speziell für die Einbruchsbekämpfung eine Stellenerhöhung bewilligt worden, mit Erfolg. Die Einbrüche im Kanton BL konnten um 30 Prozent reduziert werden. Mit einem Stellenabbau würde die gute Arbeit wieder zunichte gemacht. Auch von der Sicherheitsdirektion hörte man, dass ein Abbau von rund 50 Stellen bei der Polizei nicht zu verantworten sei, denn die Sicherheit für unsern Kanton stelle ein wichtiges Gut dar. Die Petitionskommission beantragte einstimmig, diese Petition als Postulat an die Regierung zu überweisen. Und was macht die FDP? Sie will, dass die Petition nur zur Kenntnis genommen wird. Ja, aber sie anerkenne den grossen Einsatz, den die Polizei leiste! Ich



Hanni Huggel, Landrätin und Mitglied der Petitionskommission

erinnere mich, dass die FDP auch mehr Sicherheit bei den Einbruchdiebstählen verlangte, aber ohne Personalaufstockung. Der Clou von FDP-Seite ist nun eine Motion, die verlangt, dass Radarkontrollen mit Vorwarnung stattfinden sollen, es reiche mit der Abzockerei. Ich meine, es trifft keinen Autofahrer, wenn er korrekt fährt. Die Einnahmen von geahndeten Geschwindigkeitsübertretungen könnten in der Verkehrssicherheit für Schulkinder genutzt werden. Die Doppelbödigkeit und das Machtgehabe der FDP mit ihren Abbauvorstössen widersprechen nicht nur unserem Slogan «Zukunft statt Abbau», sondern auch jenem gesunden Menschenverstand, auf den sich die entlarvten Abbau-Vertreter immer wieder berufen.

AUS DEM GROSSEN RAT

Mehr soziale und moderne Familienpolitik

Die SP steht für eine soziale und moderne Familienpolitik. Dazu gehört die Auffassung, dass Kinderbetreuung auch Männeraufgabe und die Ablehnung eines vierwöchigen Vaterschaftsurlaubes durch den Nationalrat ein Skandal ist. Auch im Grossen Rat ist Familienpolitik für uns ein zentrales Thema. Die SP-Fraktion hat in den letzten Wochen mehrere Vorstösse eingebracht:

Sarah Wyss erstrebt die Einführung eines Basler Elternzeitmodells. Konkret soll es – aufbauend auf der Mutterschaftsversicherung – eine 24-wöchige Elternzeit geben, wobei Männer mindestens 8 Wochen Urlaub beziehen sollen. Gelten soll das Modell für Staatsangestellte. Die Finanzierung soll paritätisch erfolgen. Auch Private sollen mit einer «Anstosssubvention» dazu ermutigt werden, sich an diesem «Basler Modell» zu beteiligen.



Tim Cuénod, Grossrat

«In der Familienpolitik könnte Basel moderner werden.»

Toya Krummenacher möchte nach Genfer Vorbild eine kantonale Mutterschaftsversicherung mit paritätisch finanzierten Zusatzleistungen einführen: Volle Einkommensdeckung statt 80 Prozent, zwei zusätzliche Ferienwochen, sowie Einführung eines Mindestbetrages.

Georg Mattmüller bittet den Regierungsrat, Ausbaumöglichkeiten bei der Kinderbetreuung zu prüfen. Es bestehen heute einige Lücken, in denen nur wenig befriedigende ausserfamiliäre Kinderbetreuungsangebote bestehen: Schulferien, ausserordentliche Tageszeiten und ausserordentliche Lebenssituationen. Nicht alle haben PartnerInnen, Verwandte, Freunde oder NachbarInnen, die sie unterstützen können.

Franziska Roth möchte nach Vorbild der Kantone FR, VD und NE die Wirtschaft bei der Organisation und Finanzierung von Kinderbetreu-

ungsangeboten stärker einbeziehen und in die Pflicht nehmen. In den genannten Westschweizer Kantonen ist es durch tripartite Modelle gelungen, das Kinderbetreuungsangebot auszuweiten und dessen Qualität zu heben.

Schliesslich fordere ich eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen. Die Familien-Zulagen liegen heute in Basel beim vom Bund fixierten Minimum (Fr. 200.– Kinderzulagen/Fr. 250.– Ausbildungszulagen). In 14 Kantonen liegen die Leistungen höher. In Genf betragen die Ausbildungszulagen Fr. 400.– (ab 3. Kind Fr. 500.–), im Wallis sogar Fr. 425.– (ab 3. Kind Fr. 525.–). Basel sollte als moderner und finanzstarker Kanton mehr als das Minimum leisten.